

Anerkennung der Gehorsamspflicht der Beamten im Landtag — Vor der Vertagung des Plenums
bis Mitte November

— Berlin, 22. September.

Wenn auch das Büro selbst diese Entwicklung mit mar-
ter Ruhe zur Kenntnis genommen hat, so sorgen sich doch
diesem Ausbruch vertretene Mächte um so mehr,
wie die Konferenz schließlich doch noch zu retten ist,
jetzt auch Rußland ohne die wesentliche Stütze
der Rüstungen an den Arbeiten der technischen Aus-
nicht teilnehmen wird. Die Sorge ruht allerdings
daher, daß die Nichterfüllung des in Versailles abge-
Abwärtstrend der Rüstungen des Staatsmannern der Mil-
mächte als Schmach auf der Seele brennt; im Gegenteil,
den Gedanken der Rüstungsbegrenzung lebendig erhält,
ist einzig der Druck der riesigen Rüstungs-
n, die die großen Militärmächte zu tragen haben, und
ante in diesen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung
beeinträchtigen, wie früher die Wälle veralteter
lungen das Wirtschaftsleben dieser oder jener Stadt ge-
müht haben.

Die sogenannte Abrüstungsbereitschaft ist also nicht von Erkenntnis diktiert, daß besser noch als Bajonette und Geschossewader eine gerechte Ordnung des menschlichen Lebens den Frieden gewährleistet, vielmehr hat die Bereitschaft ihre Ursache lediglich in wirtschaftlichen Notwendigkeiten, in dem Zwang nämlich, die verfügbaren Kräfte mehr als bisher für produktive Zwecke verwenden zu müssen, und darin findet auch der Widerspruch keine Lösung. Die Mächte, die jetzt in Belorussin um die Abrüstungsbereitschaft Roten formulieren und Erklärungen abgeben, die Verhärterung der Frage der deutschen Gleichberechtigung als die Voraussetzung und als „uneigentlich“ empfinden können!

Zunächst ist aber gerade die Vermirklichung der von der Weltöffentlichkeit geforderten Gleichheit aller Völker in ihren Rechten und Pflichten der einzige Weg, auf dem wir zur Überwindung der heeresausgaben, zur politischen Beruhigung und zum schöpferischen Frieden gelangen können. Wer deshalb die Abrüstung will, der muß auch die Wiedergutmachung des Unrechts von Versailles wollen. Denn wenn die Gewalt triumphiert, ist auch die Furcht zur Wurde und der Haß.

Diese Zusammenhänge machen es jeder deutschen Regierung unmöglich, einem Abrüstungsabkommen zuzustimmen, das nicht auf der völligen Gleichberechtigung der Nationen beruht. Ist die Würde Deutschlands anders verfahren, dann besteht es damit nur einen Erfolg der Konferenzen, die in der Zukunft, der nicht vorhanden ist, also eine Illusion darstellen, aus der es für die Völker einmal ein schlimmes Ereignis geben müßte. Wenn daher in den letzten Tagen von beiden Seiten für die Rückkehr Deutschlands nach Genf geworben wird, dann sind sich diese Ratgeber offensichtlich auch darüber klar, daß die weitere Mitarbeit Deutschlands nur durch die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ermöglicht werden kann.

Am anderen Tage mußten diese Vermittlungsversuche, die der Präsident der Wristungsversammlung darüber zu erleichtern suchte, daß er der Öffentlichkeit von der Nichterfüllung des in Verfallenen abgegebenen Wristungsverprechens und von dem Tode der 15jährigen Ungerechtfertigt gesprochen hat, die gleiche Wirkung haben wie die englische Denkschrift, die angeblich auf Grund zur Kiste nach Genf bewegen sollte, die aber durch ihren Ton und die ganz überflüssige Benutzung der Redewendung des Teiles V des Verfallenen nur neue Hindernisse aufwirft hat.

Die diese Vermittlungsbemühungen nun auch aus-
führen mögen, sicher werden sie jetzt, nachdem das Bild der
Christenkonferenz wieder verelkelt ist und die Mit-
glieder der führenden Staaten anlässlich der Herbstversamm-
lung des 18. Jahrhunderts Gelegenheit zu einer neuen Füh-
lung haben, mit größtem Nachdruck fortgesetzt werden. In
dem Zusammenhang verweist man im Auslande neuer-
lings auf den „konstruktiven“ Teil der englischen Denkschrift
über angeblich von Deutschland in der Empörung über den
kämpfenden Ton des ersten Teils der Denkschrift nicht ge-
nügend gemindert worden sein soll. Auch die Regierung der
vereinigten Staaten, so kann man in der Auslandspressen
umfassendere sich befaßt für diesen „konstruktiven“ Teil
und hat die Pflicht, die Hoover-Wortlage in ein-
kommen nach Art des Londoner Planes
auszubauen.

Ueber die Haltung der Vereinigten Staaten werden im folgenden die verschiedensten Mutmaßungen angestellt. So soll angeblich der amerikanische Senator Reed anlässlich einer Zusammenkunft mit Herrlot dem französischen Ministerpräsidenten die Unterstützung einer öffentlichen französischen Stellungnahme gegen die deutsche Gleichberechtigungsforderung in Aussicht gestellt haben, wenn die Franzosen dafür die amerikanische Politik in der brennlichen Mandichurefrage begünstigen. Diese Gerichte haben aber inzwischen wohl mit der Erklärung des Präsidenten Spooner ihre Erledigung gefunden, nach der die einzige Frage, für die Amerika Interesse hat, die schrittweise Einschränkung der Rüstungen in der ganzen Welt ist und Amerika daran liegt, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungsfortschreitung beteilige.

Wenn Amerika ausschließlich für die Abrüstung ein Interesse hat, dann bedeutet das doch wohl auch, daß die Spekulation Frankreichs auf die Garantierung der Unantastbarkeit des Versailler Vertrags, was Amerika betrifft, heute wie gestern von irrigem Voraussetzungen ausgeht.

Für Deutschland verbleibt es jedenfalls dabei, daß unsere Stellungnahme nicht durch Versprechungen, auch nicht dadurch zu ändern ist, daß man uns den Druck unserer Isolierung fühlen läßt, sondern einzig und allein durch die Anerkennung des Anspruchs auf gleiche Selbstheit! Ohne diese Anerkennung ist Deutschland die Kutsche nach Genf unmöglich, wie es soeben auch Reichsaussenminister Freiherr von Neurath nochmals in einem Aufsatze klargestellt hat. Es ist nunmehr die Sache der anderen, klarzustellen, wie weit es ihnen mit der Abrüstung und mit der Befriedung der Welt ernst ist. Eine etwaige Zermürbungstaktik würde an der in dieser Frage immerhin vorhandenen Einmütigkeit der deutschen Nation scheitern.

In Abwesenheit der Deutschen. — Rußland verzichtet auf die
Mitarbeit in den technischen Ausschüssen.

— Benf. 22. September.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Henderson nahm das Büro der Abrüstungskonferenz seine „Arbeiten“ wieder auf. Beherzigt wurde die Sitzung von der Abwesenheit Deutschlands. Es ist das erstemal seit dem Beginn der Abrüstungskonferenz im Februar, daß Deutschland an der Sitzung des Abrüstungsbüros nicht teilnimmt.

Das Büro tagte zunächst hinter verschlossenen Türen und hielt dann eine öffentliche Sitzung ab, in der Henderlon einen Rechenschaftsbericht erstattete. Sodann verlas er ein Schreiben des russischen Außenkommissars Litwinow, in dem die Mostauer Regierung sich weigert, in Litwinow Vertreter in die nächsten Ausschüsse der Konferenz zu entsenden, solange nicht Beschlüsse über wesentliche Herabsetzung der Rüstungen gefaßt seien. Weiter berichtete Henderlon über seinen Briefwechsel mit dem Reichsaußenminister von Neurath und beantragte, die Debatte zu vertagen für den Fall, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, auf sein letztes Schreiben vom 18. September eine Antwort zu erteilen. Der Antrag wurde angenommen.

Zu der Eröffnungsfeier des Abrüstungsbüros war auch der französische Ministerpräsident Herriot nach Genève gekommen, weil er zeigen wollte, daß die Abwesenheit Deutschlands diesem „Ereignis“ nichts von seiner Bedeutung genommen hat. Um diesen Eindruck noch zu vertiefen, erklärte Herriot fogleich, er werde nach der Eröffnungsfeier schleunigst wieder nach Paris zurückstreifen, um erst am Montag zur Teilnahme an der Herbstversammlung des Völkerbundes nach Genève zurückzukehren. Herriot will damit offenbar zeigen, daß er die Lage der Abrüstungskonferenz rubig beurteilt.

Reichsaußenminister von Neurath stellt fest: Der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung wird durchgekämpft!

— Berlin, 22. September.

Reichsaußenminister von Neurath äußert sich in der Zeitschrift des Arbeitsausschusses deutscher Verbände über den Kampf um die deutsche Gleichberechtigung und schreibt dabei u. a.:

Wir haben in Genf mit großer Geduld viele Monate hindurch uns bemüht, eine durchgreifende allgemeine Abbrüstung nach unserem Muster herbeizuführen. Wir haben ferner Gleichberechtigung verlangt. Das bedeutet praktisch, daß das Abkommen über allgemeine Abbrüstung, das in Genf aufgestellt werden soll, für uns ebenso gilt wie für die anderen Staaten. Gewisse ausländische Pressorgane haben den Eindruck zu erwecken versucht, als ob es Deutsch- land nicht auf die allgemeine Abbrüstung, sondern auf seine eigene Aufrüstung ansehe. Eine solche Verdächtigung stellt die Tatsachen auf den Kopf.

Ich erinnere daran, daß unsere ehemaligen Kriegsgegner nicht einmal in Versailles auf dem Höhepunkt der Macht und des Sieges von uns die einseitige Abrüstung auf ewige Zeiten verlangt haben. Die Uebernahme der Entwerfungsbestimmungen des Versailles Vertrages wurde von uns gefordert, um der allgemeinen Abrüstung den Weg zu öffnen, als Einleitung zu ihr, nicht als einseitiger Dauerzustand.

Wenn wir heute, zwölf Jahre nach dem Friedensschluß, fordern, daß mit dem Ausnahmeregime für Deutschland endlich Schluß gemacht und unsere Gleichberechtigung in der Wehrfrage in der Form von Deutschlands Beteiligung an einem internationalen Abrüstungsabkommen hergestellt wird, so erfüllen wir damit nur eine selbstverständliche Forderung des ganzen deutschen Volkes.

Ich hoffe, daß man sich nirgends über die Festigkeit des Willens täuscht, der dem unsrer Forderungen steht. Ich brauche daher nicht zu versichern, daß für Deutschland eine Beteiligung an den Genfer Verhandlungen nicht in Frage kommt, weil ein solcher Anspruch auf Gleichberechtigung nicht von allen beteiligten Staaten anerkannt wird. Das wäre mit der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar. Wir sind nicht gewillt, eine Rolle minderen Rechts zu spielen. Darin weis ich mich mit dem ganzen deutschen Volke ein. Der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung wird durchgeföhrt werden.

— Berlin, 22. September.

Nach etwa dreiwöchiger Pause nahm der Preussische Landtag seine Plenarberatungen wieder auf, die jedoch nach der Freitagssitzung bereits wieder beendet sein werden. Nach den Dispositionen des Vizepräsidenten soll der Präsident ermächtigt werden, die nächste Sitzung des Plenums nach Bedarf festzusetzen. Man nimmt an, daß der Landtag, sofern nicht außergewöhnliche Ereignisse eintreten, voraussichtlich erst nach der Reichstagswahl, also Mitte November, wieder zusammentreten wird.

Zu Beginn der neuen Plenarsitzung, die wiederum gut besucht war und vollbesetzte Tribünen zeigte bei gähnender Leere auf der Regierungsbank, gab Abgeordneter **S i n t l e r** folgende

ab: „Angesichts der Erklärungen der Presse des Herrenklubs und des Herrn Reichstanzlers von Papen bezüglich der Auffassung der nationalsozialistischen preussischen Landtagsfraktion zu den Rechten und Pflichten der Beamten dem Reichskommissar in Preußen gegenüber erklärt die Fraktion folgendes:

Die Fraktion hat am 30. August dem kommunistischen Antrag zugestimmt, da am gleichen Tage auf Anordnung der kommunistischen preussischen Regierung sämtlichen Ministerialbeamten im Gegensatz zu den Gesplogenheiten der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten war, die Räume des Landtages überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen hat die preussische Regierung — wohl unter dem Druck dieser Entscheidung — sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksvertretung zu vermeiden.

Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages erklärt dazu, daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangestellten zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern. Soweit die Reichskommissare von Papen und Dr. Brücker, dem Druck des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen können, im Rahmen der auch von ihnen beschworenen Verfassung handeln, steht es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangestellten an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetz in preussischer Pflichterfüllung zu beachten.“

Anschließend brachte die nationalsozialistische Fraktion folgenden Antrag ein: „Der Landtag wolle beschließen:

Soweit die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preußen von der am Ruder befindlichen Regierung gemäß dem von ihr beschworenen Eid geschützt und durchgeführt wird, ist es Pflicht der Beamten und Staatsangestellten Preußens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen.

Nach weiterer Debatte trat dann das Haus in die Tagesordnung ein und überwies etwa 200 Anträge den einzelnen Ausschüssen zur Weiterberatung.

Zuvor war noch ein kommunistischer Antrag auf Auflösung des Landtags gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden.

In Erledigung der Tagesordnung verhandelte das Haus über eine Reihe von Bergwerksanträgen und über die noch von der alten Regierung erlassene Notverordnung über die Feststellung des Haushaltsplans für 1932. Die vornehmliche Beratung des nationalsozialistischen Antrags auf Neuwahlen in den Gemeindevertretungen war entsprechend einem Beschluss des Aussenrats von der Tagesordnung abgelehnt worden.

Im Verlaufe der Debatte wandte sich Abg. Heilmann (Sop.) gegen die Politik der NSDAP. Unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses bemerkte Redner dabei, „um Verhandlungen mit dem Zentrum irgendeinen Menschen zu beneiden wäre Veressenheit“, dazu wäre das Zentrum ein viel zu zäher Verhandlungspartner.

Abg. Lohse (Natf.) erklärte, wie gegen die Regierung Braun-Severing, so kämpfte die NSDAP auch gegen die neue Preußenregierung, die den alten Etat unverändert übernommen habe. Zu den Deutschnationalen gewandt äußerte Abg. Lohse, wenn die Monarchisten das Werk Bismarcks besser verwaltet hätten, wäre 1918 die Revolution nicht gekommen.

Als letzter Redner nahm Abg. Ruhe (Natf.) in scharfer Form gegen die Regierung von Papen Stellung. Wie wollte Papen nach der Reichstagsneuwahl, die sein wesentlich anderes Bild ergeben werde, weiter regieren? Innen- und Außenpolitik gingen aus einer Quelle hervor. Das offizielle Deutschland müsse die Machtstellung der NSDAP anerkennen. Die NSDAP gehe am 6. November mit der Lösung „für Deutschland und Hitler“ zum Sieg.

Zu Beginn der Landtagsitzung war es noch zu einem Zwischenfall gekommen, indem der kommunistische Abgeordnete Kasper wegen des Ausdrucks „Bracht-Kerl“ von der Sitzung ausgeschlossen wurde. Später wurde der Ausschluss jedoch wieder rückgängig gemacht, nachdem Abg. Kasper erklärt hatte, der Ausdruck sei nicht böse gemeint gewesen.

Neue Reichsbahn-Aufträge

Zusätzliche Arbeiten für zunächst 180 Millionen Mark.
24 000 neue Arbeitsstellen.

— Berlin, 22. September.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigte sich mit den Maßnahmen der Reichsregierung zur Belebung der Wirtschaft und beschloß, zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Mitteln für die Arbeitsbeschaffung weitere etwa 180 Millionen Mark reisslos für weitere Beschaffungen und Arbeiten zu verwenden, die der Reichsbahn aus den Güteleistungen für die Beförderungssteuer zuschießen.

Um diese Mittel schon jetzt flüssig zu machen, ist eine Vorfinanzierung der Staatsbahnlinie in Aussicht genommen, der der Verwaltungsrat zustimmt. Auf diese Weise ist es möglich, Aufträge in Höhe von 180 Millionen Mark für zusätzliche Arbeiten, beginnend mit dem 1. Oktober 1932, herauszugeben, die, soweit als irgend möglich, noch im Winterhalbjahr durchgeführt werden sollen. Darüber hinaus beauftragte der Verwaltungsrat den Generaldirektor, die Verhandlungen über die Beschaffung weiterer Mittel in Höhe von 100 Millionen Mark zur Erhöhung des außerordentlichen Beschaffungsprogramms auf 280 Millionen Mark beschleunigt fortzuführen.

Um mit den zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst viel Arbeitsgelegenheit zu schaffen und insbesondere das Klein- und Handwerk zu beleben, sollen in zunächst weitem Umfang über das ganze Reichsgebiet verteilte Wiederherstellungs- und Verbesserungsarbeiten an Gebäuden und sonstigen Reichsbahnanlagen vorgenommen werden. Ferner wird in Vorrat liegendes Schienen- und Schwellenmaterial mit Beschleunigung eingebaut werden. An Eisenbahnbaustoffen sollen vom 1. Oktober 1932 ab acht Monate lang je 40 000 Tonnen im Monat neu beschafft werden. Hinzu tritt der entsprechende Einkauf von Holzschwellen und Steinballast. Auch die Fahrzeug- und Bauindustrie ist an diesem Programm mit Aufträgen beteiligt.

Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gibt neben der Mehrarbeit bei den Eisenarbeiten allein bei der Reichsbahn selbst 24 000 Mann Arbeit. Außerdem können durch Einlegen von Feierschienen bei der Zahnunterhaltung mindestens weitere 6000 Arbeiter in Beschäftigung bleiben.

Arbeitsbeschaffung durch Hausreparatur

Nach den heute veröffentlichten Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Instandsetzung von Wohnungen werden dem Hausbesitziger Steuerungskontingente in Höhe von 40 v. H. der Grundsteuer zur Verfügung gestellt, um Instandsetzungs- und Umbauarbeiten in größerem Umfang zu ermöglichen. Darüber hinaus sind 50 Millionen Mark für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen bereitgestellt.

Der Zuschuß wird für größere Instandsetzungsarbeiten gewährt. Die Kosten müssen mindestens 250 Mark betragen. Der Zuschuß beträgt etwa ein Fünftel der Kosten. Rückzahlung wird nicht gefordert. Bei der Teilung von Wohnungen und dem Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen wird die Hälfte der Kosten als Zuschuß gewährt, im Höchstfalle 600 Mark für jede Teilwohnung.

Die Arbeiten dürfen erst nach dem 25. September 1932 begonnen sein. Der Antrag auf Bewilligung des Zuschusses muß vor Beginn der Arbeiten gestellt werden. Auf Grund des Antrages wird zunächst ein Vorbescheid erteilt. Erst hierdurch entsteht ein Anspruch auf den Zuschuß. Die endgültige Höhe der Kosten ist nachzuweisen, insbesondere durch Rechnungen. Arbeiten, die in Schwarzarbeit ausgeführt sind, dürfen nicht berücksichtigt werden. Die Stellen, an die die Aufträge auf Bewilligung eines Zuschusses zu richten sind, werden von den obersten Landesbehörden bestimmt. In Preußen wird es voraussichtlich die Gemeinde sein.



Hindenburg im Manövergelände.

Der Reichspräsident von Hindenburg läßt sich die Stellung der Truppen schildern. Neben dem Reichspräsidenten sein Sohn, Oberst von Hindenburg.

Landtagsbeschluss beanstandet

Konflikt der kommunistischen Staatsregierung mit dem Preussischen Landtag.

— Berlin, 21. September.

Der vom Preussischen Landtag vor seiner Vertagung angenommene kommunistische Antrag, in dem gelagt wird, die preussischen Beamten seien nicht verpflichtet, den Anordnungen des Reichskommissars für Preußen Folge zu leisten, hat jetzt zu einem Konflikt zwischen der kommunistischen Staatsregierung und dem Landtag geführt.

Wie mitgeteilt wird, hat Reichsfürst von Papen anlässlich der Befragung des preussischen Landtagspräsidenten Kerl mit dem Reichspräsidenten die Erwartung ausgedrückt, daß es bei diesem Beschluss des Preussischen Landtages nicht verbleibe und darauf aufmerksam gemacht, daß sich die kommunistische preussische Regierung mit den Beschlüssen des Landtages nicht abfinden könne.

Raiffeisenverband beim Reichstag

— Berlin, 22. September.

Zwischen dem Reichsfürst von Papen und dem Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen e. V.) fand eine eingehende Aussprache über die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise statt. Die Vertreter der Genossenschaften trugen eine Reihe von Wünschen vor, die der Reichsfürst befehligen zu prüfen zusagte.

Familiengedächtnis

4 Todesopfer.

München, 22. September.

Auf seinem Besitz in der Villenkolonie Gausling bei München erschloß sich der Oberregierungsrat a. D. Dr. Hermann Sophie Lud, seine 66jährige Schwiegermutter, die 42jährige Tochter und deren 42jährige Tochter. Der Tod ist offensichtlich im gegenseitigen Einverständnis herbeigeführt worden. Als Grund wird drohender Verlust des Millionenvermögens der Familie angenommen.

Ultimatum Brachts an Berlin

— Berlin, 22. September.

Der kommunistische preussische Innenminister Dr. Bracht hat dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn durch den Oberpräsidenten zwei Erlasse zugehen lassen, mit denen er anknüpft, daß er selbst die dringend notwendigen Reformen der Berliner Verwaltung durchführen werde, falls der Rat nicht baldigst zu einem Abbruch der Beratungen komme. Die Stadtverordnetenversammlung soll bei der Reformwerk ausgehoben werden. Ferner wurde ausgesagt, daß vorläufig keine Neuwahl von Stadträten in Berlin stattfinden dürfe. Dr. Bracht bittet um Berücksichtigung bis zum 15. Oktober.

Nemter-Zusammenlegung im Westen

— Berlin, 22. September.

Durch Erlass des preussischen Ministers des Innern ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 die Zusammenlegung einer Reihe rheinischer und westfälischer Nemter in den Kreisen Cochem, Düren, Prüm, Wittlich, Daun und Mandern verfügt worden. Hierdurch wird die Zahl der Nemter in den betreffenden Gebieten von 33 auf 14 vermindert. Die daraus zu erwartenden Ersparnisse werden auf 100 000 Mark geschätzt. Die Rationalisierung soll fortgesetzt werden.

Ein unnatürlicher Vater

— Waldenburg, 21. September.

Das Sondergericht in Waldenburg eröffnete gegen den früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Richard Schulz einen Prozeß wegen grausamer Mißhandlung seines zweijährigen Sohnes. Das Gerichtsgebäude wurde polizeilich umstellt. Während der Verhandlung lagen auf dem Gerichtstisch u. a. der Mißhandlung benutzte Deckenklappen, zerbrochene Schuhe und zwei Riemen mit Koppelgeschloß.

Schulz erhielt wegen Körperverletzung in lebensgefährlicher Weise und grausamer Art vier Jahre Gefängnis. Außerdem wurde die Einziehung der zur Mißhandlung benutzten Gegenstände vorgenommen. Das Urteil ist sofort rechtskräftig.

Hindenburgfeier in den Schulen

— Berlin, 21. September.

Nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes hat der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Kultusbildung beauftragte Staatssekretär Dr. Lammers an die Provinzialschulkollegien und die Regierungen einen Erlass herausgegeben, daß zur Feier des 85. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten am 1. Oktober oder, soweit dieser Tag in die Ferien fällt, am letzten Schultage der Unterricht ausfällt.

der Sprecher Markgraf

Ein Funk- und Film-Roman von Wolfgang Markgraf
URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(45. Fortsetzung.)

Wie ein Trunkener taumelte er hinaus. Dann packte ihn ein rasender Jörn, und in dieser Stunde verlor er sich und seine Geburt. Haß gegen den Vater, Haß gegen das Mädchen, dem sein ganzes Herz gehört hatte, schlug über ihm zusammen.

Er taumelte davon und fuhr in die Friedrichstadt. Unter Menschen mußte er sein, unter Fremden, gleichgültigen Menschen, um hinwegzukommen über sein Leid.

An diesem Tage trank und rauchte er wieder, was er sich fast abgewöhnt hatte. Und um die letzte Stunde traf ihn abermals ein Blutsturz.

Der Film war fertig. Im Triumph geleitete man die Künstler nach dem Kaiserhof, wo eine kleine Feier stattfinden sollte. Auch Rainer konnte sich ihr nicht entziehen.

Ganz zuvorgefallen ließen sie beisammen. Sammel schwamm in einem Meer von Wärme. Er teilte die Meinung seines Regisseurs: Einen solchen Film gab's noch nicht, das wurde etwas ganz Neues, der Tonfilm überhaupt. Er hielt eine Rede, die von Begeisterung erfüllt war, und sprach die Hoffnung aus, daß Rainer dem Tonfilm auch weiter erhalten bleibe.

Drei Bläser klangen zusammen.

Drei Augenpaare leuchteten sich.

Rainer ... und die beiden Frauen.

Schon wie der Tag waren sie beide, aus ihren Gesichtern leuchtete noch das Erlebnis, das ihnen das gemeinsame Schaffen gegeben hatte.

Als sich die beiden Frauen aber anfaßen, leuchtete Kampf in den beiden Augenpaaren auf, Kampf um den Mann, der ihnen gegenüberstand. Jede war gewillt, ihn durchzuführen.

Rainer fühlte es mit Bangen. Unsicherheit und Unruhe ergriffen ihn. Er war froh, daß er die Arbeit, so tödlich sie

auch gewesen, hinter sich hatte, und in ihm war nur Sehnsucht nach Frieden.

„Sie müssen mir versprechen, daß wir noch manchen Film zusammen schaffen!“ bat die Barrys und ihre dunklen Augen strahlten ihm zu.

Rainer wurde der Antwort entzogen.

Ein Kellner kam und bat Rainer an das Telefon.

Rainer folgte ihm und kam nach wenigen Augenblicken

bleich zurück.

„Mein Sohn ...“ sagte er mit bebenden Lippen, „... hat eben einen Blutsturz erlitten!“ Verzweifeln Sie, daß ich mich zurückziehe.“

Alle hörten es erschrocken und sahen sich mit erschrockenen Augen an.

Während Rainer, vom Regisseur geleitet, den Saal verließ, sagte Age: „Nichts ... nichts bleibt ihm erspart.“

Dann erhob sie sich gleichfalls, sagte Rainer und fuhr mit ihm nach Hause.

Rainer sah tiefergedrückt an ihrer Seite.

Er hatte in den wenigen Augenblicken begriffen, was seinen Sohn zu Boden geschlagen hatte.

Anta hatte der letzten Szene beigewohnt, hatte gesehen, daß Age für ihn auf ewig verloren war, daß sich alles dem Vater jümelte.

„Oh, Age!“ stöhnte er. „Warum haben Sie das getan?“

„Das habe ich getan?“ fragte sie mit klopfendem Herzen.

Der Ruf in der letzten Szene ... Anta hat verstanden.

Age faßte seine eiskalten Hände und flüsterte innig: „Ich liebe dich, du Armer! Dich, nur dich liebe ich!“

„Age“, bat er verzweifelt, „nicht in dieser Stunde ... ich kann's nicht hören! Sie sind gut ... Sie sollen recht glücklich werden.“

„Wie kann ich es ohne dich?“ fragte sie leidenschaftlich.

„Vom ersten Augenblick an habe ich es gefühlt. Alles drängte mich zu dir.“

Der Mann schwiege.

„Ein gutes Wort!“ bat sie.

„Liebe Age“, entgegnete er hilflos. „Mein Sohn liegt tot!“

„Er wird gefunden! Wir wollen ihn pflegen! Vielleicht braucht er eine gütige Mutterhand mehr als den Mund der Geliebten.“

Dr. Scherenhorst stand mit Dr. Seeliger zusammen in ernstem Gespräch, als Rainer und Age eintraten.

„Wie geht es meinem Sohne?“ fragte Rainer, den bange Ahnungen quälten.

„Schlecht!“ sagte der Arzt ernst.

Rainer atmete schwer.

„Ist Hoffnung, daß er in Dabos noch gefunden kann?“

Ernst entgegnete der Arzt: „Keine ... Hoffnung, Herr Markgraf.“

„Und keine ... keine Möglichkeit der Rettung?“

„Es müßte ein Wunder geschehen. Die Lunge ist ruiniert, und dieser zweite Blutsturz hat ihm den Rest gegeben.“

Wie lange ... geben Sie ihm noch Zeit, Herr Doktor?“

„Herrgott, so jung ... und er wollte ein Künstler werden!“

„Aber Augen sah der Arzt auf sich gerichtet.“

„Er ist schon im Sterben!“ sagte er dann mit gedämpfter Stimme. „Bereiten Sie sich darauf vor, daß Sie diese Nacht verlassen wird.“

Rainer sah am Lager seines sterbenden Sohnes.

Bleich, ohne Bewußtsein lag Anta in den Kissen. Gestalt war die Hand, die Rainer in der letzten

Die Uhr hatte die zweite Stunde geschlagen.

Sein ganzes Leben zog in diesen bitteren Stunden noch einmal vor Rainers Augen hin.

Und je länger er nachdachte, um so mehr wuchs in ihm die Erkenntnis: Wir müssen durch dieses Leid gehen, um das höchste Glück zu erlangen und tragen zu können.

„Wie ist dir, mein Junge?“ fragte Rainer mit zitterndem Herzen.

„Gut, Vater! Gut! Ich ... ich will noch mit dir sprechen.“

„Richte mich auf!“

Rainer kam dem Wunsch des Sohnes nach.

„Vater“, sagte der Sterbende leise, „es ... es ...“

Gott?“

Rainer erschauerte bei des Sohnes Worten.

„Ja!“

„Und ... ist Gott gütig, Vater?“

„Er ist gütig, mein Sohn!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Wetterlage. Zunächst wird sich von Nord- und Südwind einfluß des hohen Luftdrucks in der Gegend der Insel geltend machen, doch ist die Entwicklung einer gleichmäßig guten Wetterlage nicht zu erwarten.

* **Prozeß gegen Kreugers Bruder.** In Stockholm begann der Miesenprozeß, den die Konfursverwaltung vom Kreuger und Toll gegen den Bruder des Jüdelholzknigs Adar Kreuger, den Generalkonsul Torsten Kreuger, angereicht hat. Die Konfursverwaltung stellt Regressansprüche in Höhe von rund 15 Millionen Kronen, die Adar Kreuger in den letzten sechs Monaten vor seinem Selbstmord seinem Bruder vermachte hat. Die Konfursverwaltung macht geltend, daß Adar Kreuger, als er erkannte, daß der Konzern nicht mehr zu retten war, durch diese Beträge die Zukunft seiner Angehörigen zu sichern suchte. Torsten Kreuger behauptet dagegen, daß es sich bei den 15 Millionen Kronen um die Rückzahlung von Forderungen handele, die er gegen seinen Bruder hatte.

Als Ort der nächsten Tagung des Gustav-Adolf-Vereins wurde Königsberg bestimmt. Mit dem Gelang des letzten Verses des Liedes „Nun danket alle Gott“ fand die Jahrhundertfeier des Gustav-Adolf-Vereins ihren Abschluß.

Henderson lenkt ein

Die deutsche Gleichberechtigung die entscheidende Frage der Abrüstungskonferenz.

— London, 21. September.

Das Bestreben ausgleichend zu wirken, kommt in einem Artikel zum Ausdruck, den der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, in der liberalen Zeitung „News Chronicle“ veröffentlicht. Präsident Henderson bezeichnet in diesem Artikel die Frage der deutschen Gleichberechtigung als entscheidend für Genf.

Da die starke Entlastung der deutschen Abordnung über die mangelnde Berücksichtigung ihrer mehrfach vorgebrachten Forderungen während des ganzen ersten Abschnitts der Konferenz allgemein bekanntgewesen sei, so habe niemand auf der Abrüstungskonferenz davon übersehen sein können, daß diese Frage nunmehr dringlichst in den Vordergrund geschoben werde. Der 13 Jahre lange Flach der Ungerechtigkeit habe in deutschen Völkern Enttäuschung hervorgerufen müssen, die sich durch Nichterfüllung der von den alliierten Mächten gegebenen Versprechungen noch verstärkt habe.

Im Hinblick auf die von den alliierten und assoziierten Mächten eingegangenen Verpflichtungen könne es nur eine Antwort auf den deutschen Einspruch geben, die sich nicht nur mit der Ehre, sondern auch mit der Erhaltung der guten internationalen Beziehungen vereinbaren lasse und in Uebereinstimmung mit dem Ziel stehe, um dessentwillen sich die Nationen zur Abrüstungskonferenz zusammengefunden hätten.

Die gehegten Erwartungen stützen sich auf ein Versprechen, das von den Alliierten gegeben worden und das schon viel zu lange unerfüllt geblieben sei. Die Lage verlange sofortiges und großzügiges Handeln.

Deutschland soll nach Genf

Eine Erklärung Hoovers.

— Washington, 21. September.

Zur deutschen Forderung nach Gleichberechtigung hat der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, eine Erklärung veröffentlicht, in der er darauf hinweist, daß die Haltung Amerikas zu dieser Frage klar sei. Es handle sich um eine europäische Frage, und überdies habe Amerika auch nicht den Vertrag von Versailles unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten hätten lediglich an einer schriftweisen Abrüstung in der ganzen Welt Interesse. „Es liegt uns daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteiligt, die heute für die ganze Welt so erfolgreich verlaufend ist, und seine Mitwirkung zur Erreichung dieses großen Zieles zur Verfügung stellt.“

Die Lage am Arbeitsmarkt

— Berlin, 22. September.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der Arbeitslosen am 15. September 5261 000, also etwa 38 000 mehr als am 31. August. In einzelnen Berufsgruppen fand eine Entlastung, in anderen eine Neubelastung des Arbeitsmarktes statt, beides überwiegend aus jahreszeitlichen Ursachen. Aber auch die starke Zunahme der Arbeitsdienstwilligen drückt sich in diesen Zahlen aus. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (gegen 697 000 Ende August) Hauptunterstützungsempfänger betreut. Bei Hilfsarbeitsstellen waren Ende August etwa 65 000 Personen beschäftigt. Im freiwilligen Arbeitsdienst fanden Ende August rund 144 000 Arbeitswillige Beschäftigung. Die Zahl der Wohlfahrtsverbandslosen betrug Ende August 2 030 000.

Keine Trockenlegung des Hafes

— Berlin, 22. September.

Wie mitgeteilt wird, betrachtet das Reichsverkehrsministerium das Problem der Trockenlegung des Frischen Hafes als außerordentlich schwierig und befürchtet von einer verfrühten Inangriffnahme eine Beunruhigung der Uferbevölkerung. Das Reichsverkehrsministerium lehnt die Trockenlegung des ganzen Hafes ab. Das Ministerium tritt die Ansicht, daß zunächst noch gar nicht die Frage entschieden sei, ob wirklich eine Landgewinnung in Ostpreußen aus Siedlungsgründen notwendig sei. Welleicht könne man diese Frage für einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren behelligen. Es müsse dann aber weiter die Frage geprüft werden, ob überhaupt die klimatischen, wasserwirtschaftlichen und geologischen Voraussetzungen für die Trockenlegung des Frischen Hafes gegeben seien.

Rabinettstriebe in Ungarn

Kabinett Karolyi zurückgetreten.

— Budapest, 22. September.

Das Kabinett des Grafen Karolyi hat seinen Rücktritt beschlossen und dem Reichsverweser davon Mitteilung gemacht. Der Reichsverweser hat das Gesuch angenommen, nachdem sein Versuch, das Kabinett zur Zurücknahme des Rücktrittsgesuches zu bewegen, vergeblich war. Graf Karolyi wurde mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

In der Unterredung mit dem Reichsverweser wies der ungarische Ministerpräsident Graf Karolyi auf die innerpolitische und wirtschaftspolitische Lage des Landes hin und betonte, daß der Rücktrittsentwurf gefaßt worden sei, um die Vorbedingung für die Entwirrung der schwierigen Lage zu schaffen.

Diskontsatz auf 4 % ermäßigt

— Berlin, 22. September.

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 22. September ab den Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent ermäßigt. Der Senkung bereits zugestimmt.

Zur Begründung der Diskontsatzherabsetzung äußerte Reichsbankpräsident Dr. Luther im Zentralbankrat, daß die Befähigung des bisherigen 5prozentigen Diskontsatzes eine Unterbrechung des Diskontsatzes 5 Prozent erfordere, die Reichsbank nunmehr die rechtliche Möglichkeit habe, bisher von der verfolgten Höhe, der dem Zentralbankrat aus von der Zinsseite her jede nur mögliche Herabsetzung zu gewähren, weiterzuschreiten. Sie konnte aber nur eine vorübergehende Herabsetzung um 10 Prozent herabsetzen, die Bank eine weitere Herabsetzung erfahren. Die Herabsetzung an den deutschen Geldmärkten fortzuführen, die auch an den führenden Plätzen des Auslandes zu erheblichen Ermäßigungen der offiziellen Raten egl.

Schlusssitzung der Gewerkschaften

— Düsseldorf, 22. September.

Der Düsseldorfer Kongress der Christlichen Gewerkschaften wurde mit der Annahme einer Reihe von Beschlüssen beendet, die sich gegen die Notverordnung richten und gegen die Arbeiterentlassungen bei Betriebsänderungen sowie für Erhaltung eines sozialen Ausgleiches für Steuergerechtigkeit, für die Erhaltung der Arbeitsplätze, für stärkere Fürsorge der arbeitslosen Arbeiter, für gerechtere Entlohnung der weiblichen Arbeiter und für einen intensiven Aufbau des freiwilligen Arbeitsdienstes aussprechen.

Politische Rundschau

Der bisherige Präsident der Reichsbahnverwaltung, Mainz, Bloche, ist zum Reichsbahndirektionspräsidenten Altona ernannt worden.

Der Hindenburg Protektor der „Deutschen Luftpost“, Reichspräsident von Hindenburg hat die Schenkung der herrschaft über die „Deutsche Luftpost-Ausstellung“ in Berlin vom 1. bis 23. Oktober stattfindet, übernommen.

Der Kanzlerrede im Rundfunk. Reichskanzler Dr. Brüning wird am heutigen Donnerstag abends 7 Uhr im Rundfunk als Auftakt zur Werbung für die Winterhilfe. Thema sprechen: „Wir wollen helfen!“

Wohin geht der Weg

wenn Ihr weiter Sklaven der Zinsknechtschaft bleibt?

Nur in den Abgrund!

Darum greift zur Selbsthilfe!

Schließt euch dem Genossenschaftsgedanken —

dem Bauspargedanken

an; denn nur auf diesem Wege kann Euch geholfen werden, nur dann kann die Wirtschaft wieder gesunden.

Hören sie daher die Vorträge

von bedeutenden Fachleuten auf dem Gebiete des Bausparwesens.

Die Vorträge finden statt:

Sonnabend, den 24. Sep. 1932 in

Spangenberg, abends 8 Uhr

Stadt Frankfurt.

Hess-Lichtenau abends 9 Uhr

Gashaus zur Eisenbahn

3 Redner sprechen!

„Vaterhaus“-Bausparkasse

Pforzheim

Landesgeschäftsstelle Treysa, staatl. geprüfte Bausparkasse.

Klipp's Kaffee

stets frisch

H. Mohr.



Sonnabend, den 24. September 1932 bei Heinz

Großes Sonderkonzert

(Militärkonzert)

der S.A.-Kapelle der Standarte 173

unter Leitung von Kapellmeister Heinrich Schröder

Ausgewählte Vortragsfolge, Fanfarenmärsche, Solis

Anerkannte Leistungen prominenter Persönlichkeiten

Anfang 8.30 Uhr Unkostenbeitrag 40 Pfg.

Erwerbslose 20 Pfg.

Verschönerungs-Verein Spangenberg

Sonnabend, den 24. 9. 1932 von 20 Uhr ab im „Grünen Baum“

Unterhaltungsabend

Lichtbildervortrag des Schriftstellers W. Ibe Kassel über Veränderungen durch Hesen, Verteilung der Preise aus dem diesj. Blumenschmuckwettbewerb Blumenverlosung.

Lanz.

Die Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 0,30 erhoben.

Der Vorstand.



Freiwillige Sanitätskolonne

Sonntag vormittag 9.30 Uhr

Übung

auf dem Schulhof.

Das Kommando.

Chorverein „Liedertänzer“

Donnerstag Abend

7.29 Uhr

Gesangsstunde

Der Vorstand.

Extra billige Seifenpreise!

Kernseife, gelb 5 Stck. a. ca. 250 gr. 65 Pfg.	
Kernseife, weiß 5 Stck. a. ca. 250 gr. 85	
Kernseife, gelb 1 Riegel ca. 1000 gr. 52	
Schmierseife dunkel 1 Pfd. 18	
„ gekernt 1 Pfd. 28	
Seifenflocken 1 Pfd. 48	
Scheuertücher 1 Stck. 25; 20	
Bohnerwachs lose 1 Pfd. 50	
Bohnerbeize 1 Pfd. Dose 45	
Schuhcreme, schwarz 80 gr. Dose 15	
„ braun 80 gr. Dose 20	

Hess.-Lebensmittelhaus

Spangenberg

Markt

Vier Jahrzehnte

im Sinne des Goethewortes:

Ältestes bewahrt mit Treue
Freundlich aufgefaßt das Neue

Mode

Schneidern

Handarbeit

Hauswirtschaft

Unterhaltung

Beyers

Deutsche Modenzeitung

Überall 14tägig für 45 Pfg.

Schnittmusterbogen

für sämtliche Modelle

Beyer — der Verlag für die Frau
Leipzig — Weststr. 72

Bienenhonig

H. Mohr.

Es gibt kein „loses“ Persil!

Persil *esst* nur in Originalpackung!